

Kohle für die Welt – Armut für Kolumbien

Bergbau und Kohle in Kolumbien – Eine Übersicht

Kolumbien ist reich an natürlichen Ressourcen und fossilen Energieträgern. Der Bergbausektor insgesamt ist einer der wichtigsten Devisenbringer, Kohle hat die herausragendste Stellung. Kolumbien hat mit 6,2 Mia. Tonnen die grössten Kohlenreserven Lateinamerikas. 90% der kolumbianischen Produktion wird exportiert, mehr als 50% stammen allein von El Cerrejón. Bis zum Jahr 2010 strebt Kolumbien den Export von 110 Mio. Tonnen jährlich an, womit das Land zum 3. oder 4. Exporteur aufsteigen würde. Die Karibikküste hat 84% der Reserven, davon die Guajira 55% und Cesar 30%. Die Kohlenmine El Cerrejón exportiert etwa 33 Mio. Tonnen pro Jahr, Glencore im Departement Cesar gegen 15 Millionen Tonnen. Im Catatumbo im Departement Norte de Santander sowie im Mittleren Magdalena – Tal gibt es weitere gigantische Kohlenreserven, deren Abbau in den nächsten Jahren in Angriff genommen wird. El Cerrejón ist im Besitz eines Konsortiums von BHP Billiton, Anglo American und Xstrata, Drummond und Glencore betreiben die Minen im Departement Cesar. In Cesar operieren Coalcorp (Mine La Francia), Cementos Argos und Americoal. Rio Tinto hat ebenfalls Interessen an neu entdeckten Vorkommen. Kohle ist der zweitwichtigste Devisenbringer und bezahlte im Jahr 2004 334 Mia. Pesos Royalties. Ungefähr 2/3 der Exporte gehen nach Europa, 1/3 in die USA.

1996 kaufte Glencore das kolumbianische Unternehmen Prodeco, wodurch sie an Cerrejón Zona Centro beteiligt wurde, sowie in den Besitz des Hafens Puerto Zuñiga und einer Konzession für die Mine Calenturitas in Cesar kam. Glencore nahm an der Privatisierung von Carbocol und am Kauf von Intercor, einer EXXON Tochterfirma, in der Mine El Cerrejón teil. Bis zum Verkauf an Xstrata im März 2006 besass Glencore einen Drittel an Cerrejón. Xstrata ist eine Tochtergesellschaft von Glencore, etablierte Geschäfte werden von Glencore an Xstrata übergeben, so Luisa Fernanda Lafaurie von Glencore in Bogotá. Glencore konnte Ende 2004 die Produktion in der Mine Calenturitas aufnehmen und kaufte zwischen 2005 und 2006 drei weitere Minen respektive Unternehmen: Consorcio Mineros Unidos CMU (Mine Hierbabuena), CarboAndes (Mine Carbones del Tesoro) und Carbones de la Jagua. CMU war ein Familienunternehmen mit einer 15-jährigen Geschichte, Glencore kaufte es Ende 2006. Die neue Minengesetzgebung ermöglicht die Integration mehrerer Bergbaukonzessionen, was Glencore nun anstrebt: Bis 2008 sollte der Betrieb der drei Minen standardisiert sein und für 2010 wird eine Produktion von 17 Mio. Tonnen angestrebt.

Doch der Kohle - Reichtum trägt extrem wenig zu einer ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der Bergbauregionen und zu breiterem Wohlstand der dortigen Bevölkerung bei. Die internationalen Bergbaukonzerne üben massiven Druck aus, damit die kolumbianische Bergbaugesetzgebung ihren Bedürfnissen angepasst wird. Mit dem neuen Gesetz von 2001 wurden Steuern und Royalties gesenkt, die Ansprüche an die Umweltverträglichkeitsprüfung verwässert und die Schutzmechanismen für afrokolumbianische und indigene Gemeinschaften gelockert. Aktuell ist eine weitere Gesetzesrevision in Gang, mit der die letzten rechtlichen Barrieren, mit denen die Umwelt und autochthone Gemeinschaften geschützt werden können, geschleift werden sollen.

Regionen mit Bergbauaktivitäten haben häufig mehr unbefriedigte Grundbedürfnisse und schlechtere Infrastruktur als der Landesdurchschnitt und weisen hohe Kriminalitätsraten, Prostitution und Drogenmissbrauch auf. Die Regionen mit Bergbauaktivitäten sind zudem überdurchschnittlich von Menschenrechtsverletzungen betroffen: die Armee und Paramilitärs gehen gewaltsam gegen Gemeinschaften vor, die sich gegen die Bergbauprojekte wehren und vertreiben sie notfalls blutig von ihrem Land, um den Weg für die Ausbeutung der begehrten Bodenschätze frei zu machen.

Die begehrte Kohle, eine Plage für die Bewohner von La Jagua

Kohle für den Export wird hauptsächlich in den Departamenten Guajira und Cesar abgebaut. Im Dreieck der Gemeinden Becerril, La Jagua de Ibirico und La Loma betreiben Glencore aus der Schweiz und Drummond aus den USA mehrere Kohlenminen.

Die drei Dörfer könnten auf Grund der von den Firmen zu entrichtenden Royalties eine der reichsten und best entwickeltesten Regionen Kolumbiens sein. Korrupte Gemeindeverwaltungen lassen diese Gelder hingegen fast vollständig versickern, mehrere Lokalpolitiker sind wegen Veruntreuung in Haft oder werden gesucht. Die Infrastruktur ist defizitär, das Wasser ist kaum trinkbar und wird wie der Strom immer wieder abgestellt. Die Minen haben demgegenüber eine eigene Stromversorgung und genügend Wasser. Die Kindersterblichkeit liegt weit über dem nationalen Durchschnitt. Die Dörfer waren für die grosse Anzahl Arbeiter, die zuzogen, nicht vorbereitet. Die Dienstleistungen sind völlig ungenügend, der Wohnraum und viele Güter des täglichen Bedarfs sind überteuert. Die lokale Bevölkerung wird bei Neuanstellungen in den Minen - sie sind die grössten Arbeitgeber in den Gemeinden - kaum berücksichtigt. Die Bevölkerung klagt, dass die Minenunternehmen kaum soziale Investitionen tätigen würden, und vieles sei reine Propaganda, die verkündeten Projekte würden in Wirklichkeit gar nicht existieren. So ist es kaum erstaunlich, dass die lokale Bevölkerung sich ärmer fühlt, als bevor die Mine kam, und dass es zu so tragischen sozialen Phänomenen wie Kinderprostitution kommt.

Diese widrigen Lebensumstände und die Frustration über den mangelnden Wohlstand entluden sich im Februar 2007 in Protesten der lokalen Bevölkerung, die mit Gewalt unterdrückt wurden und einen Toten und Dutzende Verletzte zur Folge hatten. Ein schlussendlich ausgehandeltes Abkommen führte zu mehreren Verhandlungstischen über die Anliegen der Bevölkerung, ohne dass diese Verhandlungen für die Bevölkerung etwas gebracht hätten. Es waren mehr Versprechen des Präsidenten Uribe um die Gemüter zu beruhigen, als ein tatsächliches Engagement zu Gunsten dieser Gemeinden.

Umweltbelastung und Gesundheit

Der Abbau und Transport der Kohle führt zu grosser Staubentwicklung, auch Feinstaub, und verursacht bei der Bevölkerung Atemwegs- und Lungenerkrankungen. So nahmen die Fälle von Atemwegs- und Lungenkrankheiten im Spital von Chiriguana von 1900 im Jahre 2002 auf 5000 im Jahr 2006 zu. Die Bevölkerung klagt auch über Geruchsbelästigung, andauernde Grippesymptome bei den Kindern, Hautausschläge und gereizte Augen. Während Drummond schon länger über eine Zuglinie verfügt, die die Kohle zum Hafen bringt, wird die Kohle von Glencore und einigen kleineren Minen in kolumbianischem Besitz in Sattelschleppern zum Hafen von Santa Marta gebracht. Die Hunderte von Lastwagen, die zwischen den Dörfern und Santa Marta verkehren und in den Dörfern auf die Beladung warten, führen zu grosser Umweltverschmutzung, sind eine Lärmbelästigung, zerstören die Strassen und führen zu vielen Unfällen. Im Jahr 2006 erreichten die Bergbauunternehmen aber eine Einigung über die Eisenbahnlinie, kauften Gemeinsam das Eisenbahnunternehmen FENOCO und bauen eine zweite Eisenbahnlinie. Glencore stellte in Aussicht, dass bis November 2007 90% der Sattelschlepper von den Strassen verschwunden sein werden. Dieser Termin konnte aber nicht eingehalten werden. Sollten all die Lastwagen aber tatsächlich verschwinden, gibt es ein neues Problem: Tausende verlieren ihre Arbeit als Lastwagenfahrer oder in den Werkstätten und Tankstellen. Bisher sind keine Pläne bekannt, um diese soziale Krise zu mildern. Die lokale Bevölkerung und die Gewerkschaft versuchen, die Firmen auf den Bau von Fussgängerbrücken und die Tötigung beträchtlicher sozialer Investitionen entlang der Zuglinie zu verpflichten. Der Zug durchschneidet Wohnquartiere und die Fussgänger müssen bei jedem Zug mehrere Minuten warten, bis sie weiter gehen können. Die Firmen haben bisher noch keine klaren Zusagen bezüglich dieser Investitionen gemacht.

Die heute bestehenden drei Häfen (der Hafen Zuñiga von Prodeco beim Flughafen und die Häfen von Drummond und Cementos Argos in Ciénaga) zur Verschiffung der Kohle stellen ein weiteres grosses Umweltproblem dar. Da die Bahía nicht sehr tief ist, müssen die grossen Tankschiffe draussen auf dem offenen Meer ankern und werden mit kleinen Bakassen beladen. Einerseits führt dies zu einer visuellen Beeinträchtigung des Meeres und der Strände, andererseits geht beim Umladen Kohle verloren und verschmutzt Wasser und Strände. Santa Marta als eine der schönsten und touristischsten Buchten Kolumbiens erleidet dadurch enorme Einbussen. Es braucht neue Häfen, die den Tourismus nicht schädigen, am besten einen einzigen Hafen, entweder mit Vertiefung des Hafens oder langen Mauern, die eine direkte Beladung der Tanker über Fliessbänder ermöglichen. Das Problem ist, dass die Konzessionen der verschiedenen Häfen unterschiedliche Ablaufdaten haben. Als erste läuft die Konzession von Glencore im Jahr 2009 aus, was Glencore zu grossen Investitionen zwingt. Deshalb ist Glencore daran interessiert, mit den anderen Minenbetreibern einen neuen Superhafen zu bauen. Auf jeden Fall braucht es schnelle, aber vorausschauende Lösungen, wenn Kolumbien bis 2019 100 Mio. Tonnen Kohle exportieren will.

Die Mine verbraucht grosse Mengen an Wasser, um die Kohle vor dem Abtransport zu waschen, aber auch für die Reinigung der Geräte und Waggons. Das Abwasser wird nicht oder nur ungenügend gereinigt. Die Abraumhalden enthalten Schwermetalle, die bei Regen ausgewaschen werden und oberirdische Wasserläufe wie auch das Grundwasser verseuchen. Weiden, die natürlicherweise periodisch überflutet werden, sind für das Vieh wegen der Verschmutzung nicht mehr nutzbar bzw. es wächst schon gar kein Gras mehr. Es ist bereits zu Erkrankungen beim Vieh gekommen. Zudem bedeuten die Minen im Tagbau gigantische Erdbewegungen, die grosse Wunden in die Landschaft reissen. Mehrere Gewässer wurden umgeleitet oder versiegten. Die Minen sind vertraglich verpflichtet, die ausgebeuteten Gebiete zu renaturieren und aufzuforsten, sind damit aber 10 bis 15 Jahre im Rückstand.

Nach den Protesten von Februar 2007 anerkannte die kolumbianische Regierung schwere Umweltprobleme wegen den Kohlenminen und beschloss, ein Büro mit der Vizeumweltministerin direkt in La Jagua zu eröffnen, um die Befolgung der Umweltnormen zu überwachen. Überwacht werden sollen v.a. die neuen Umweltverträglichkeitsprüfungen für die Ausdehnung der neuen Minen (betrifft insbesondere Drummond), die Einhaltung der Umweltmanagementpläne der bestehenden Minen und die unverzügerte Renaturierung von Flächen, auf denen die Kohle fertig abgebaut wurde. Verschoben werden müssen auch das Kohlemahlwerk und die Waschanlagen für die Sattelschlepper. Gemäss Aussagen der Gewerkschaft überprüft in Tat und Wahrheit aber niemand die Einhaltung dieser vor bald einem Jahr gemachten Auflagen.

Antigewerkschaftliche Politik und Menschenrechtsverletzungen

Das Departement Cesar ist eines der Departemente, wo die Paramilitärs das öffentliche Leben am meisten durchdrangen und beeinflussten. Nur Politiker, die für die Paramilitärs arbeiteten, konnten sich zur Wahl stellen, gigantische Wahlbetrügereien und Ermordung unliebsamer Kandidaten waren an der Tagesordnung. Massaker und gezielte Ermordungen von sozialen Führungspersonen überzogen das Departement. Davon ist auch Sintramienergetica betroffen, die Gewerkschaft, die die Arbeiter von Glencore und Drummond organisiert. Im Jahre 2001 kam es zu einem Übergriff auf den Präsidenten Valmore Locarno und den Vizepräsidenten Victor Orcasita. Beide wurden auf der Heimfahrt von der Arbeit in der Mine aus dem Bus geholt. Locarno wurde sofort erschossen, Orcasita weggebracht, gefoltert und anschliessend ebenfalls umgebracht. Der Nachfolger von Locarno, Gustavo Soler, wurde ein halbes Jahr später ebenfalls ermordet. Der heutige Vizepräsident, Alberto Bautista, hat in diesem Jahr bereits drei Attentate überlebt. Wegen dieser Morde wurde gegen Drummond in den USA ein Verfahren angestrengt.

Doch auch im Falle Glencores gibt es Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit den Paramilitärs: Mancuso, der oberste Chef der Paramilitärs, hat die Tochterfirma von Glencore, Prodeco, beschuldigt, die Paramilitärs finanziell unterstützt zu haben. In den Minen von Glencore halten sich auch bewaffnete Zivilisten auf, die die Arbeiter, die Gewerkschafter und die lokale Bevölkerung bedrängen und bedrohen, und sich in Personalbelange der Mine einmischen. XXX

Glencore legt auch eine krass gewerkschaftsfeindliche Politik an den Tag. Im März 2006 stellte Sintramienergetica Glencore den Forderungskatalog zu, um einen neuen Gesamtarbeitsvertrag auszuhandeln. In einem zermürbenden Arbeitskonflikt konnte keine Verhandlungslösung erzielt werden, weshalb Sintramienergetica den Streik ausrief. In der Mine Carbones de la Jagua kam es im Mai 2006 zu einem einmonatigen Streik, in dessen Folge die Mine militarisiert wurde und es zu Übergriffen und Drohungen gegen Gewerkschafter und Arbeiter kam. Nach dem Streik konnte in den Minen von Glencore dank der internationalen Unterstützung ein neues Abkommen unterzeichnet werden. Im Hafen von Prodeco dauert der vertragslose Zustand aber schon seit 1 ½ Jahren. Da auch nach dem Streik keine Einigung erzielt werden konnte, optierte die Gewerkschaft - die sich dort in einer Minderheitsposition befindet - für ein Arbeitsschiedsgericht. Nach Aussagen der Gewerkschaft wurde die Einberufung dieses Schiedsgerichts von Prodeco-Glencore verzögert. Glencore hält dem entgegen, dass bei Prodeco nicht von einer antigewerkschaftlichen Politik die Rede sein könne und es habe keine Entlassungen wegen der Zugehörigkeit zur Gewerkschaft gegeben. Tatsächlich sei die Anzahl Temporärarbeiter immer wieder den Erfordernissen angepasst worden und bei notwendigen Restrukturierungen in den Jahren 1999 und 2002 seien den betroffenen Arbeitern grosszügige Lösungen im Rahmen freiwilliger Kündigungen angeboten worden. Prodeco beschäftige insgesamt 335 Personen im Hafen und in der Mine Calenturitas, wovon 90% einem vorteilhaften Kollektivpakt unterstünden. Die Minderheitssektion der Gewerkschaft habe im März 2006 überrissene Forderungen gestellt, auf die das Unternehmen nicht habe eingehen können. Die von den Arbeitern beschlossene Anrufung eines Schiedsgerichts habe wegen gesetzlicher Unschärfen viel Zeit gebraucht und sei erst Anfang September 2007 vollständig zusammen gesetzt gewesen. Im November 2007 hat dieses Schiedsgericht einen Schiedsspruch über den neuen Gesamtarbeitsvertrag erlassen, der von Prodeco - Glencore aber sogleich angefochten wurde. Die Gewerkschaft hält dem entgegen, dass mit dem Schiedsspruch lediglich versucht wurde, die Arbeitsbedingungen der Hafearbeiter zu verbessern. Sergio Becerra, der als Richter die Arbeiter im Schiedsgericht vertrat, hält fest, dass die Hafearbeiter bei Prodeco 46% weniger als die Arbeiter in den Glencore - Minen und 116% als die Arbeiter bei Drummond verdienen. Im Schiedsspruch wurde den Arbeiter eine 8 - 9%ige Lohnerhöhung zugesprochen, Sozialinvestitionen empfohlen und das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit verankert.

Glencore entlässt immer wieder ihr nicht genehme Gewerkschafter. Im Hafen in Santa Marta reduzierte sich die Gewerkschaftssektion dadurch seit Mitte der 90er Jahre bis heute von 188 auf 25 Mitglieder. Glencore betreibt die Minen in La Jagua hauptsächlich über Kontraktfirmen mit Temporärarbeiter auf Jahresbasis. Nach den Streiks und Arbeitskämpfen vom Frühsommer 2006 setzte sich Sintramienergetica zum Ziel, diese rechtlich schlecht gestellten Temporärarbeiter zu organisieren. In der Mine Hierbabuena der Tochterfirma CMU war es am 5. März 2007 gelungen, einen Grossteil der Arbeiter der Stellenbörse OMC gewerkschaftlich zu organisieren. Deshalb wurden in der Folge diese gewerkschaftlich organisieren etwa 400 Arbeiter entlassen, u.a. 8 schon im April 2007. Auf andere wurde Druck ausgeübt, aus der Gewerkschaft wieder auszutreten, bei OMC zu kündigen und zukünftig bei der Temporärfirma SOS zu arbeiten. Die Arbeiter, die unter Druck zu SOS wechselten, wurden mit einer Lohnerhöhung belohnt, während die Arbeiter, die nicht aus der Gewerkschaft austraten, diskriminiert und bei der Arbeit isoliert wurden, und dies an einem

Ort der Mine, wo sie giftigen Dämpfen ausgesetzt waren. Da CMU und OMC sich weigerten, mit der Gewerkschaft zu verhandeln, wurde das Unternehmen durch die Arbeitsinspektoren des Dorfes Codazzi sanktioniert. Das Unternehmen appellierte dagegen und erhielt von der nächst höheren Instanz in Valledupar "Recht". Am 30. Juli 2007 wurde die Sanktion und damit die Verpflichtung für OMC und CMU, mit der Gewerkschaft zu verhandeln, aufgehoben. Am 31. Juli 2007 wurde den verbliebenen 117 Arbeitern von OMC, die noch ausharrten, gekündigt. Die Arbeiter protestierten gegen ihre Entlassung, u.a. besetzten 30 Arbeiter die Mine. Diese waren ohne Strom und Nahrung und ohne Kontakt zur Aussenwelt. Der Eingang zur Mine wurde schliesslich am 18. August 2007 gewaltsam durch Sondereinheiten der Polizei geräumt, wobei es zu Verletzten kam.

Glencore hat natürlich auch in diesem Konflikt wieder eine andere Version parat. Auch hier hat es gar nichts mit einer gewerkschaftsfeindlichen Haltung auf sich. Nach Aussagen von Glencorevertretern in Bogotá muss Glencore in Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach den Protesten in La Jagua vom Februar 2007 mehr Leute direkt anstellen, v.a. aus den umliegenden Dörfern. Glencore habe deshalb geeignete Arbeiter mit direkten, unbefristeten Arbeitsverträgen rekrutiert, darunter auch Arbeiter der OMC. Dadurch habe OMC immer weniger Personal gehabt und sei nicht mehr in der Lage gewesen, ihren vertraglichen Auftrag gegenüber CMU - Glencore zu erfüllen. Dieser Vertrag wäre noch bis Ende 2007 gelaufen, wurde aber in gegenseitigem Einverständnis per 31. Juli 2007 aufgelöst, womit die verbliebenen Arbeiter bei OMC auch ihre Stelle verloren. Glencore anerkannte, dass die Kommunikation der OMC ungeschickt war, sieht selber aber keine Mitverantwortung. Vielmehr habe CMU - Glencore sofort verkündet, dass ein Rekrutierungsprozess für Direktanstellungen in Gange sei, was von der lokalen Bevölkerung positiv, von den betroffenen Arbeitern jedoch skeptisch aufgenommen wurde. Die betroffenen Arbeiter verlangten denn auch ihre Wiedereinstellung, was für 45 erreicht werden konnte, 67 sind weiterhin gekündigt, eine Einigung konnte am Verhandlungstisch noch nicht erreicht werden. Diese 67 hatten die Möglichkeit, eine Entschädigung im Umfang von drei Monatslöhnen zu akzeptieren oder gegen CMU - Glencore für ihre Wiedereinstellung zu klagen, was sie gemacht haben. Glencore selbst stellt in Aussicht, bis 2010 insgesamt 3000 Direktanstellungen vorzunehmen.

Arbeitsgruppe Schweiz - Kolumbien, Bern, 16. Januar 2008

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.askonline.ch/themen/wirtschaft.html>